

## Kommunistenverfolgung

A: mulāhaqat aš-šuyū'iyīn.

E: persecution of communists.

F: persécution des communistes.

R: presледovanie kommunistov.

S: persecución de comunistas.

C: gongchan zhuyizhe pohai 共产主义者迫害

K gibt es, seit es Träger kommunistischen Gedankengutes gibt. Schon der Chiliasmus des frühen Christentums mit seinen »Tendenzen eines praktischen Kommunismus« geriet »in Missgunst bei der offiziellen Kirche, denn er hatte immer einen revolutionären Beigeschmack, war immer eine Prophezeiung des kommenden Umsturzes der bestehenden Gesellschaft« (KAUTSKY 1909, 36). Erscheinen den Herrschenden Ausbeutung und Herrschaft ernstlich gefährdet, ist Hass die Antwort. Oft ist Grausamkeit das Kennzeichen von K. So wird die »kommunistische Erhebung« der Apostelbrüder 1307 durch eine »Armee der Ausbeuter« in einem »furchtbaren Blutbad« erstickt, ihre Anführerin MARGHERITA und ihr Anführer DOLCINO werden als Ketzer gefoltert und verbrannt (255-58); gleiches geschieht Jan HUS 1415 und den Führern der »Kommunisten in Tabor« 1421 (329, 347); im deutschen Bauernkrieg 1524-25 rächen sich die Fürsten an den besiegten Bauern mit »Blutgerichten« (ENGELS, *Bauernkrieg*, 7/396, 404); Thomas MÜNTZER, der »die Gemeinschaft aller Güter, die gleiche Verpflichtung aller zur Arbeit und die Abschaffung aller Obrigkeit« gefordert hat (402), wird gemartert und enthauptet.

Im 20. Jh. sprengt K den Rahmen der Klassenkämpfe, in dem sie sich bisher vollzogen hat. HITLER nennt am 3. Februar 1933 der Reichswehrführung sein Ziel: »Ausrottung des Marxismus mit Stumpf und Stiel« (zit.n. *Dt. Geschichte*, 1993, 17). Parallel dazu, mit dem Faschismus antagonistisch verknüpft, entsteht in der SU eine historisch neue Form von K: K durch Kommunisten, zugleich *durch* die »neue Klasse« (DJILAS 1957/1976) und *in* ihr. Als die SU 1939/40 den Hitler-Stalin-Pakt erfüllt und deutsche Kommunisten an Nazi-Deutschland ausliefert, sind die Grenzen zwischen faschistischer und stalinistischer K für einen Moment aufgehoben.

Dies ändert nichts an deren – wesentlichem – genealogischem Unterschied. Gleichwohl steht K, wenn es darum geht, »alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist« (KHR, 1/385), in *beiden* Ausprägungen zur Debatte. In beiden Gesellschaftssystemen hat K ungezählte Opfer gefordert; sie verweist dabei aber auf je eigene, stadial unterschiedlich scharf artikulierte Zerstörungspotenziale, die aus Freiheits-, Kultur- und Demokratiedefiziten hervorgehen. – Die Frage nach der künftigen Entwicklung der K ist auch nach dem Zusammenbruch des befehlsadministrativen Sozialismus unverändert die nach der Form der Auseinandersetzung um das Privateigentum an den Produktionsmitteln, die – wie von den Kommunisten seit je vorausgesagt – immer mehr zur Auseinandersetzung um die Grundlagen des menschlichen Daseins überhaupt wird.

1. K ist interessenlogische Reaktion, die formationsübergreifende Herrschaftsbündnisse stiftet. Den Kommunisten geht es, so MARX 1848 im *Manifest*, um »Aufhebung des Privateigentums« (4/475), um Brechung der gesellschaftlichen Macht desselben. Gegen »das Gespenst des Kommunismus« haben sich »alle Mächte des alten Europa« zu einer »heiligen Hetzjagd [...] verbündet« (461). – Welche Formen sie annimmt, wie K das Zusammenspiel von offen einschüchternder Gewalt und ideologischer Indoktrination organisiert, hängt von nationalen und internationalen Kräfteverhältnissen ab. Wichtig ist dabei auch, inwieweit durch Fehler, historische Verblendung und Verbrechen von Kommunisten ein Resonanzboden für Antikommunismus (Antimarkismus, Antibolschewismus) entstanden ist, den K nutzen kann. Ihre Geschichte ist immer auch die der Fähigkeit ihrer Akteure, in der Bevölkerung Rückhalt für sie zu gewinnen.

Schon bei Verfolgung der Ketzer (Waldenser, Apostelbrüder, Begharden, Lollharden, Taboriten, Hussiten u.v.a.) nutzen Klerus und Feudaladel ihre ökonomisch-militärische Überlegenheit nicht nur für Angst

und Schrecken verbreitenden Massenterror, sondern setzen auch an der Isolierbarkeit der Kommunisten an und treiben zwischen sie und von ihnen geführte bzw. beeinflusste Bauern und Kleinbürger Spaltkeile. »Während die Kommunisten«, so beschreibt KAUTSKY das Manöver gegenüber den Apostelbrüdern, »nicht Halt machen konnten, ehe sie die ganze Gesellschaft umgewälzt, waren die Bauern schon mit einigen kleinen Konzessionen der Grundherren – Verzicht auf manche Lasten, Herausgabe mancher umstrittener Landstriche – zufriedenzustellen« (1909, 253), mithin die Kommunisten am Ende leicht von ihnen abzutrennen. Aus ENGELS' Sicht scheiterte MÜNTZER, weil dessen »ganzes Jahrhundert [...] nicht reif [war] für die Durchführung der Ideen, die er selbst erst dunkel zu ahnen begonnen hatte« (*Bauernkrieg*, 7/401), und er daher, um mit der »Bildungsstufe« der für den Kampf zu Gewinnenden gleichzuziehen, die Rolle eines »Revolutionspropheten« einnahm, der »unaufhörlich den Hass gegen die herrschenden Klassen [schürt], [...] die wildesten Leidenschaften aufstachelte] und [...] nur noch in den gewaltsamen Wendungen [spricht], die das religiöse und nationale Delirium den alttestamentarischen Propheten in den Mund legte.« (402)

2. Mit zunehmender Bildung der Arbeitenden richtet K sich gegen Pioniere und Verbreiter kommunistischen Denkens. – Angeklagter im ersten deutschsprachigen Kommunistenprozesses ist 1843 Wilhelm WEITLING, dessen Appell an den 1836/38 gegründeten Bund der Gerechten, das »arme Volk« solle, wenn es »das Joch satt« hat, »nicht den Personen den Krieg machen, sondern dem Eigentum« (1842/1966, 487), von Arbeitern gelesen wurde. Das Lob des Anklägers Johann Caspar BLUNTSCHLI markiert ihn als gefährlich: Er habe »in seiner Sprache [...] trotz der Verworfenheit seiner Tendenz etwas Verständiges, Klares, Anschauliches, zuweilen sogar [...] bei aller praktischen Unmöglichkeit seiner Vorschläge etwas Praktisches« (1843, 55). Für MARX ist WEITLINGS Buch *Garantien der Harmonie und Freiheit* (1842) das »maßlose und brillante literarische Debut der deutschen Arbeiter«, weit überstrahlend »die nüchterne, kleinlaute Mittelmäßigkeit der deutschen Literatur« (1/405). Weitling wird 1843 in Zürich verhaftet und verurteilt. Zehnmonatige Einzelhaft und anschließende Deportation treiben ihn in Verfolgungs- und Größenwahn. Der gegen ihn geführte Prozess macht ihn berühmt. »Der Kommunismus«, schreibt ENGELS 1843, »war in Deutschland fast unbekannt, hierdurch aber wurde er zum Gegenstand allgemeiner Aufmerksamkeit.« (1/492) In Frankreich zählt Engels zu diesem Zeitpunkt »über eine halbe Million Kommunisten«, in »allen Teilen der Schweiz« sieht er

»kommunistische Vereine« entstehen, die »deutsche Philosophie« hält er für »endgültig beim Kommunismus angelangt« (480), und was die K betrifft, so spart er deren Wirkungen nicht aus, kommt aber zu dem Schluss, dass »alle Verfolgungen und Verbote [...] sich als wirkungslos erwiesen [haben]« (495).

MARX und ENGELS sind in den 1840er Jahren selber Opfer von K in Form von »Staatsprozessen« gegen die *NRhZ*, »gerichtlichen Verfolgungen [...] wegen angeblich »unzeitungmäßiger« politischer Vergehen« (6/62), dann auch durch Verhaftung und Ausweisung. Zugleich konstatieren sie Verluste der kommunistischen Bewegung durch K: 1850 resümieren sie für die Zentralbehörde des Bundes der Kommunisten, dass dessen Organisation »unter den belgischen Arbeitern, wie sie 1846 und 1847 bestand, [...] natürlich aufgehört [hat], seitdem die Hauptmitglieder im Jahre 1848 verhaftet, zum Tode verurteilt und zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt worden« sind (7/309). Revolutionsoptimismus bewegt sie jedoch dazu, K als vergeblich zu betrachten, was im Spiegel der Erfahrungen des 20. Jh. naiv erscheint.

MARX hält 1871 zum siebenten Jahrestag der Gründung der IAA in London einen Vergleich mit den Christenverfolgungen im Römischen Reich für angebracht: Diese hätten »das Imperium nicht gerettet, und ebensowenig werden die Verfolgungen der Internationale in der heutigen Zeit die bestehenden Zustände retten« (17/432). In den auf das Sozialistengesetz 1878-90 gegründeten Verfolgungen sieht ENGELS 1895 rückblickend »die hohe obrigkeitliche Anerkennung« ihres Wachstums. Nur »momentan« sei die Partei »zersprengt« gewesen, dann aber habe sie »unter dem Druck des Ausnahmegesetzes, ohne Presse, ohne äußere Organisation, ohne Vereins- und Versammlungsrecht [...] erst recht« eine »rasche Ausbreitung« erlebt. »Die Regierung und die herrschenden Klassen hatten alle ihre Mittel erschöpft – nutzlos, zwecklos, erfolglos.« (22/517f) Die wachsenden Fähigkeiten der Bourgeoisie, K auf stets neue Weise auch auf die Isolierung der Kommunisten zu gründen und dabei Tendenzen der Selbstisolierung der Kommunisten zu nutzen, bleiben unterbelichtet.

Ganz anders MARX' Ton in der Bewertung der Niederschlagung der Pariser Kommune 1871, in der er eine neue Qualität der K erkennt. Dass sich die siegreiche deutsche und die besiegte französische Armee »nach der Schlacht« (*Bürgerkrieg*, 17/357) zu »gemeinsamem Abschlichten des Proletariats« verbünden, bedeute, dass »der Nationalkrieg [...] keinen andern Zweck mehr hat, als den Klassenkampf hinauszuschieben«, und »beiseite fliegt, sobald der Klassenkampf im Bürgerkrieg auflodert« (361). Als die imperialistischen Staaten, die im Ersten Weltkrieg 1914-18 noch Gegner waren, 1918-20 gemeinsam

gegen Sowjetrußland intervenieren, steigert sich das ›Beiseitefliegen des Nationalkriegs‹ zum globalen Projekt, in dem Imperialmächte ihre Konkurrenz zugunsten gemeinsamer K überbrücken.

3. Wie die Geschichte der K zeigt, trifft die Verfolgung alle, die mit ihren Ideen den Herrschaftsblock grundsätzlich in Frage stellen, gleich, ob sie sich als Kommunisten, Sozialisten oder Sozialdemokraten bezeichnen oder keine dieser Bezeichnungen für sich in Anspruch nehmen, und gleich auch, ob sie von der Ideenträgerschaft bereits zu revolutionärem Handeln vorangeschritten sind oder nicht. K wird, wenn es dem Machtblock oder Teilen von ihm zum Zweck von Machterhalt oder -ausbau notwendig erscheint, willkürlich in Gang gesetzt. Akteur der K ist unter Umständen aber nicht der Machtblock allein. In der Weimarer Republik ist K auch ein Instrument der nach der Macht strebenden Faschisten.

Ein Fall exemplarischer Rechtswillkür – die MARX durch seine von London aus betriebenen Enthüllungen europaweit blamierte – ist der auf Betreiben des Königs von Preußen angestrengte Kölner Kommunistenprozess von 1852, der »historische Ausgangspunkt des staatlich organisierten Antikommunismus in Deutschland« (HUNDT 1972, 5). Die Kriminalisierung schon der bloßen Idee des Kommunismus ist in ihm bereits angelegt. Die elf Angeklagten, von denen fast alle 15 bis 18 Monate in Einzelhaft verbracht hatten (Herres 2003, 141), werden, so MARX, des »hochverräterischen Komplotts« gegen den preußischen Staat« (8/409) bezichtigt. Es kommt zu einer »ungewöhnlichen Verschleppung des Prozesses« (411), weil der Kölner Anklagesenat ein Jahr zuvor über das dürftige Anklagematerial geurteilt hatte, »dass kein objektiver Tatbestand für die Anklage vorliege und – die Untersuchung daher von neuem beginnen müsse« (410). Daraufhin schuf die preußische Polizei mittels Meineiden, Dokumentenfälschungen usw. neues Enthüllungsmaterial, mit dem die Anklage »den reinen Tendenzcharakter des Prozesses zu verstecken« (467) suchte. Als ihr dieses Manöver misslang, hob sie »den Tendenzcharakter hervor, um die Polizeienthüllungen vergessen zu machen«. Als Beleg der Gefährlichkeit diente dabei das *Manifest*, das »im Prozess sogar vollständig vorgelesen« wurde (Herres 2003, 133). Die Anklage rückte eine kommunistische Tendenz ins Zentrum, die im *Manifest* ausdrücklich kritisiert wird, dennoch wurden sieben Angeklagte zu mehrjähriger Festungshaft verurteilt.

»Man begriff«, so MARX, »dass die Jury ein Standgericht der privilegierten Klassen ist, eingerichtet, um die Lücken des Gesetzes durch die Breite des bürgerlichen Gewissens zu überbrücken.« (8/470) Der Prozess ist in Marx' Urteil eine schwere Niederlage

der Herrschenden: »Jena! das ist das letzte Wort für eine Regierung, die solcher Mittel zum Bestehen [...] bedarf.« (Ebd.) – Wolfgang ABENDROTH sieht hier indessen eine »antikommunistische Stimmungswelle« ihren Anfang nehmen, deren es »zur Erhaltung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse [bedarf], weil sich nur auf diese Weise die Ausbreitung von Klassenbewusstsein in der ausgebeuteten Klasse dieses Systems verhüten und die Zustimmung der Bevölkerung zur terroristischen Ausschaltung kritischen Denkens gegenüber diesem System gewinnen lässt« (1973, 24). Im Leipziger Hochverratsprozess 1872 gegen führende Sozialdemokraten galten erneut das *Manifest*, zudem die *Inauguraladresse* und das Programm der SDAP von 1869 als Beweise der Anklage, später als Begründung für Verhaftungen, Haussuchungen, Zeitungsbeschlagnahmen, Versammlungsverbote und schließlich das Sozialistengesetz (vgl. Krause 1972, 29ff).

Als Anfang des 20. Jh. in Deutschland die Angriffe gegen den Militarismus die Stelle treffen, an der die Herrschenden »sterblich, am tiefsten verwundbar« sind (ZETKIN 1907/1957, 379) und mit dem »Antipatriotismus« in der Arbeiterbewegung der Klassenkampf »von neuem« in einer für den Herrschaftsblock aus Bourgeoisie und Feudaladel »ganz besonders unangenehmen Gestalt« (SOREL 1906/1928, 225) entsteht, will Kaiser WILHELM II. 1899 die sozialdemokratischen Führer »durch Soldaten aus dem Reichstag herausgeholt und füsilirt« sehen und denkt über ein Gesetz nach, »wonach es genügt, Sozialdemokrat zu sein, um nach den Karolinen verbannt zu werden« (zit.n. Laschitz 1972, 42). Es gelingt den Herrschenden, die Antimilitaristen zu isolieren und der Verfolgung preiszugeben, indem sie deren Politik, die sich »gegen Völkermord, Verwüstungen und imperialistische Kulturbarbarei richtet«, so hinstellen, als gefährde sie »die Allgemeinheit, alle Klassen« (LASCHITZA 1972, 49f).

Die K auf die ›Gemeingefährlichkeit‹ der von ihr ins Visier Genommenen zu gründen und diese Gruppe willkürlich auszudehnen, ist ein Grundzug von K. Mit Blick auf die BRD Mitte der 1960er Jahre verweist Werner HOFMANN auf die Alltäglichkeit von K – »zu Anklagepunkten vor Gericht können Vortragsnotizen eines KP-Funktionärs werden, wie ›Kampf um den Frieden, Punkt eins‹, oder ›Kampf gegen den Abbau der Demokratie‹; »jede politische Meinungsäußerung eines früheren KPD-Mitglieds« werde »zu einem unabsehbaren politischen Risiko« (1968, 160) –, und er zeigt, wie sich K auf »Kriegsdienstgegner, [...] Ostermarschierer, [...] Pazifisten« und kritische Intellektuelle ausdehnt, die in der Öffentlichkeit als »volksfremde Intellektuelle« gebrandmarkt werden (158).

4. Mit der Oktoberrevolution 1917 radikalisiert sich Antikommunismus, der Nährboden von K, es formiert sich in Deutschland ein »antibolschewistischer Konsens« (MERZ 1995, 12): Zu den »klassischen«, feudalen und bürgerlichen Akteuren des Antikommunismus stoßen nun auch solche, die sich darauf berufen, Interessen der ausgebeuteten Klassen zu vertreten. Der Antikommunismus fungiert als Klammer zwischen dem neuen Machtblock, zu dem jetzt die Sozialdemokratie gehört, und dem Machtblock konterrevolutionärer und antirepublikanischer Kräfte, die ersteren bedrohen, und er schafft ein Klima, in dem 1919 K in einer in Deutschland bis dahin nicht gekannten mörderischen Konsequenz möglich wird. Karl LIEBKNECHT und Rosa LUXEMBURG, Kurt EISNER und GUSTAV LANDAUER sowie Tausende weitere Antimilitaristen und Revolutionäre fallen der K zum Opfer (vgl. Kumpf 1972, 62f). Es nimmt ein weißer Terror seinen Anfang, der eine »Blutlinie« (OSSIEZKY 1930) durch die Weimarer Republik zieht. Er trifft Kommunisten und ist zugleich Terror gegen alle, deren Handeln die Verfolger als »pro-bolschewistisch« deuten. Die Mörder von Außenminister Walter RATHENAU legitimieren die Tat damit, er habe der »Diktatur der Börsenbanditen und Sowjethalunken« Vorschub geleistet (zit.n. Hirsch 1960, 39f).

Den weißen Terror nutzend und verschiedene antibolschewistische Strömungen aufsaugend – Militärkreise entwickeln das »Konzept eines antibolschewistischen Weltkriegs« (MERZ 1995, 364), die »Alldeutschen« einen »antisemitischen Antibolschewismus« (375) – formiert sich als stärkste unter den anti-republikanischen Kräften die »nationalsozialistische« Bewegung, für die der Antimarxismus/Antibolschewismus zum »politischen Leitmotiv« (KÜHNL 1970, 259) wird. Giovanni ZIBORDI beschreibt den italienischen Faschismus als »Gegenrevolution zu einer Revolution, die nie war« (1921, zit.n. Merz 1995, 192). Die »farblose, unbedeutende, unbewegliche Bürgermasse, die ihrer Natur nach alles andere als faschistisch gewalttäterisch und gewaltliebend ist, sie hat dennoch den Fascismus mit Freude wachsen sehen, sie begreift ihn, sie duldet ihn, sie lässt ihn machen, ja bis zu einem gewissen Grade billigt und bewundert sie ihn sogar, einzig aus dem Grunde, weil sie ihn als *Zuchtrute für den Bolschewismus* ansieht« (193).

Obgleich die Kommunisten in der Weimarer Republik so stark sind wie nie zuvor – im Ergebnis der Novemberrevolution haben sie mit der KPD eine eigene Partei gegründet, die zur Massenpartei wird –, wird die durch »antibolschewistischen Konsens« genährte K zu politischem Alltag. Seit 1914 hat sich die Spaltung der Arbeiterbewegung vertieft, zu deren Merkmalen jetzt auch ein auf KAUTSKY zurückgehender »marxistischer Antibolschewismus« (MERZ 1995,

118) und der sozialdemokratische Kampf »gegen »socialismus asiaticus«« (134) gehören. Alfons GOLDSCHMIDT konstatiert 1920, dass die Oktoberrevolution »nicht nur für das bürgerliche Europa, sondern leider auch noch für einen Teil des proletarischen Europa« als »eine Schreckens- und Zerstörungsangelegenheit« erscheint (zit.n. Merz 1995, 86).

Dass K auf eine antirevolutionäre Grundstimmung bauen kann, führt Georges SOREL in *Über die Gewalt* (1906) auf eine Reihe von »Erinnerungen« zurück, die »das Wort »Revolution« fast mit Notwendigkeit auslöst« (1928, 105): die Revolutionstribunale der Französischen Revolution, die »Gesetzgebung Robespierres« mit ihren »ziemlich unbestimmten Definitionen des politischen Verbrechens, um derart keinen Feind der Revolution entschlüpfen zu lassen« (118), schließlich das »Fortschreiten im Sinne einer wachsenden Willkür der Regeln, einer Ausdehnung der Macht und einer Erweiterung der Autorität« (119). Diese »Erinnerungen« werden durch die Realität in Sowjetrußland bestätigt. Die Revolution wird, wie Sorel bereits 1906 befürchtet hat, »durch die Gräuel besudelt [...], die die bürgerlichen Revolutionen besudelt haben« (131). Die antibolschewistische Propaganda vermag diese Gräuel überaus publikumswirksam zu überhöhen, sie trennt sie von den allgemein blutigen Kämpfen ab und blendet insbesondere das Vorgehen der in- und ausländischen Konterrevolution aus.

1919, im LENIN gewidmeten Anhang zur vierten Auflage, macht SOREL auf »schmerzliche Zwischenfälle der russischen Revolution« aufmerksam, sieht diese aber darin begründet, dass »die nationalen Überlieferungen den »Roten Garden« zahllose Präzedenzfälle [boten], die sie glaubten zur Verteidigung der Revolution mit gutem Recht nachahmen zu dürfen: zumal nach einem entsetzlich blutigen Kriege« (1919/1928, 359); und er »verflucht« die »plutokratischen Demokratien, die Rußland aushungern« (361). Damit ist er nahe bei Rosa LUXEMBURG, die »alles, was in Rußland vorgeht«, als eine »unvermeidliche Kette von Ursachen und Wirkungen« sieht, deren Anfang und Ende vom »Versagen des deutschen Proletariats« und der »Okkupation Rußlands durch den deutschen Imperialismus« gebildet wurde (1918; GW 4, 362). Unter diesen Umständen hätten die Bolschewiki »wahrhaftig geleistet, was unter so verheerend schwierigen Verhältnissen zu leisten war«. Allerdings beginne »das Gefährliche [...] dort, wo sie aus der Not die Tugend machen, ihre von diesen fatalen Bedingungen aufgezwungene Taktik nunmehr theoretisch in allen Stücken fixieren und dem internationalen Proletariat als das Muster der sozialistischen Taktik zur Nachahmung empfehlen wollen« (ebd.).

Indem die Komintern von ihrer Gründung 1919 an genau dieses »Gefährliche« praktiziert und von

Mitte der 1920er Jahre an direkt als Instrument der sowjetischen Politik unter STALIN agiert, erleichtert sie die weitere Formierung von »antibolschewistischem Konsens«, auf den der Faschismus baut. Als die Komintern und die ihr hörige KPD-Führung die SPD als »sozialfaschistisch« bezeichnen, tragen sie zur Selbstisolierung der Kommunisten bei und erleichtern die K.

5. Im deutschen Faschismus, in dem sich mehrere Interessen überlagern – »das Expansionsprojekt des »verspäteten« deutschen Imperialismus in Konkurrenz mit den Imperialmächten; die Vernichtung der Arbeiterbewegung; die Endlösung der sozialen Frage« (HAUG 1987, 324) – wird K zum ausdrücklichen Staatsziel: »Überwindung der kommunistischen Zersetzung Deutschlands« (*Aufruf der Reichsregierung an das deutsche Volk vom 1.2.1933*, zit.n. *Dt. Gesch.*, 1993, 15). Sie wird mittels Staatsterror durchgesetzt, und es gelingt den faschistischen Führern auch, dafür breite Zustimmung zu gewinnen.

Grundlage dafür ist, dass HITLER sich im Kampf um faschistische Hegemonie unter den Bedingungen der bürgerlichen Republik und einer zahlenmäßig und an Einfluss starken, aber tief gespaltenen Arbeiterbewegung, wie das PROJEKT IDEOLOGIE-THEORIE (PIT) herausarbeitet, als »Antimarx« (1980, 57; 2007, 87) positioniert. Als HITLER am 1. Mai 1933 in einer per Rundfunk auf ungezählte Maifeiern übertragenen Rede sein Programm bestätigt, »den Marxismus« nicht »nur äußerlich beseitigen«, sondern ihm »die Voraussetzungen [...] entziehen« und »den Geschlechtern, die nach uns kommen, seine geistigen Verwirrungen ersparen« zu wollen (zit.n. PIT 1980, 138; 2007, 175), »strukturiert« er »das Handlungsfeld für alle, die aus der Not heraus wollen, als notwendigen Bruch mit Klassenkampf und Internationalismus« (113; 150), baut er das Nationale in das »Anti-Klassenkampf-Wir« ein (117; 153) und vollzieht eine »Desartikulation der Arbeit von der Gewerkschaft« (119; 155). Damit schafft er, LACLAU zufolge, »die notwendige Voraussetzung, unter der das Monopolkapital von einer Massenmobilisierung gegen das traditionelle Herrschaftssystem Gebrauch machen« kann: »die Garantie, dass die popular-demokratischen Anrufungen«, in deren Gebrauch und allmählicher Veränderung sich der Faschismus in dieser Zeit als allen anderen politischen Strömungen überlegen erweist, »von jeglicher sozialistischer Perspektive getrennt bleiben würden« (1981, 104). Diese »Garantie« wird möglich durch eine »doppelte ideologische Transformation«: die klassenspezifischen Anrufungen werden im Korporatismus aufgehoben und alle popular-demokratischen Anrufungen im Subjekt »Rasse« zusammengeschlossen (ebd.).

Die faschistische Hegemonie ist so stark, dass eine überwältigende Masse des Volkes nicht nur die K im Innern akzeptiert und mitträgt, sondern auch die Verfolgung und Vernichtung der Juden und den antibolschewistischen Vernichtungskrieg im Osten. Die untrennbare Verknüpfung von K und Judenverfolgung als Resultat der ideologischen Transformation analysierend kommt das PIT zu dem Schluss: »Der Nazismus ist der als Widerstand des vom jüdischen Volk bedrohten Volks artikulierte Anti-Bolschewismus.« (1980, 67; 2007, 97)

Als die faschistische Führung die Kommunisten für schuldig am Reichstagsbrand (27. Febr. 1933) erklärt, dehnt sie K auch auf all diejenigen aus, deren »Gesinnung eine Unterstützung der verfolgten Kommunisten befürchten ließ« (BOHN 1972, 87), bzw. die sich in vergleichbarer Gegnerschaft zum NS-Regime befanden: »Sozialisten, Anarchisten, bestimmte Gewerkschafter« (*Schwarzbuch des Kommunismus*, 1998, 26). 20 000 von ihnen werden 1933-39 »in den Lagern und Gefängnissen mit oder ohne Gerichtsverfahren ermordet« (ebd.), mehr als 225 000 Frauen und Männer zu rund 600 000 Jahren Gefängnis- und Zuchthausstrafen verurteilt (vgl. Bohn 1972, 96).

Krieg nach innen und außen und K nach innen und außen bilden eine Einheit. Die Unterstützung des antirepublikanischen Militärputsches in Spanien 1936 wird mit der »Gefahr einer bolschewistischen Revolution« begründet, obwohl »in den verschiedenen republikanischen Regierungen nicht ein Sozialist, von Kommunisten ganz zu schweigen, vertreten war« und selbst der während des Bürgerkrieges gebildeten Regierung »nur zwei Kommunisten« angehören (HIRSCH 1960, 123f). Der »Anschluss« Österreichs 1938 und die Okkupation der Tschechoslowakei 1939 gehen mit K einher.

Im Zweiten Weltkrieg werden Antikommunismus, Antisemitismus und »traditionelle Russen- und Slawenverachtung« (GOLLWITZER 1979, 83) zu einem umfassenden Feindbild gebündelt, mit dem »die Zustimmung der Massen zu den Aggressionsabenteuern« gewonnen wird (RIEMECK 1975, 25). Auch die Führung der katholischen Kirche verbündet sich in ihrem eigenen »Kampf gegen den Bolschewismus« mit HITLER, glaubt, das aus ihrer Sicht »größere Übel« durch eine »Allianz mit dem kleineren Übel eindämmen« zu können (RISSE 1958, 202). Der Krieg selbst wird von der NS-Führung von Beginn an unauflöslich mit K wie auch mit Judenverfolgung verbunden, sein »Endziel« (ABENDROTH 1973, 28) ist die Vernichtung der Sowjetunion. In HITLERS Weltbild verschmelzen Zerschlagung der Sowjetunion und K in eins; »STALINS Kommunismus« sieht er als »eine neue Form des Russentums«, »das Russentum, das Slawentum in Verbindung mit der Diktatur des

Proletariats« als »die gefährlichste Kraft in der Welt« (zit.n. Besymenski 2002, 22f). In allen eroberten Ländern werden SS und Gestapo mit K und Judenverfolgung beauftragt. K wird darüber hinaus auch zum ausdrücklichen Auftrag der Wehrmacht. Der »Kommissarbefehl« vom 6. Juni 1941 verpflichtet sie, gegen die »politischen Kommissare« der Roten Armee »sofort und ohne weiteres mit aller Schärfe« vorzugehen, d.h. sie »nach durchgeführter Absonderung zu erledigen« (zit.n. *Dt. Gesch.*, 1993, 204). Im Erlass der Wehrmachtsführung vom 13. Mai 1941 wird brutales Vorgehen gegen die sowjetische Zivilbevölkerung mit dem Hinweis herausgefordert, »dass der Zusammenbruch im Jahre 1918, die spätere Leidenszeit des deutschen Volkes und der Kampf gegen den Nationalsozialismus mit den zahlreichen Blutopfern der Bewegung« – gemeint ist die Zeit der Weimarer Republik – »entscheidend auf bolschewistischen Einfluss zurückzuführen war und dass kein Deutscher dies vergessen hat« (203).

6. Wie im faschistischen Deutschland ist K auch im Japan der ersten Hälfte des 20. Jh. zentrales Element der Innen- und Außenpolitik. Japan beteiligt sich am Interventionskrieg zur Niederschlagung der Oktoberrevolution, und es begründet die schrittweise Okkupation Chinas mit der dort bestehenden »kommunistischen Gefahr«. In der Tat stellen die national-revolutionäre und die kommunistische Bewegung in China, die 1924-27 eine – wenn auch brüchige – Einheitsfront bilden, das wichtigste Hindernis für die Unterwerfung Chinas dar. China steht nach dem Scheitern der Novemberrevolution 1918 in Deutschland zudem im Zentrum der Anstrengungen der 1919 gegründeten Komintern, die Position Sowjetrusslands bzw. ab 1922 der Sowjetunion durch Unterstützung weiterer Revolutionen per »Export der Revolution« zu stärken.

1927 bricht die Guomindang-Führung unter JIANG Jieshi die Einheitsfront mit der Gongchandang (KPCh), geht zu massenhafter terroristischer K über und versucht in mehreren »Ausrottungs«-Feldzügen, die von der KPCh geschaffenen »Sowjetgebiete« – und damit die Basis einer kommunistischen Entwicklung – zu vernichten. Der japanischen Militärführung ist das noch nicht konsequent genug. Die Okkupation der Mandschurei 1931, mit der sie sich der Zentren der chinesischen Schwerindustrie bemächtigt, hat für sie *auch* den Charakter eines Präventivkrieges gegen die Sowjetunion (IENAGA 1978, 75) und die chinesischen Kommunisten. 1935 begründet die japanische Militärführung ihr weiteres Vorrücken in China damit, dass die JIANG-Regierung »zu einer pro-kommunistischen Politik zurückgekehrt« sei, eine »freundliche Haltung gegenüber der Sowjetunion« einnehme und

»den chinesischen Kommunisten Bewegungsfreiheit in Richtung des westlichen Teils der Provinz Shaanxi« (gemeint ist die kommunistische Basis in Yan'an) einräume. 1940 spricht Regierungschef KONOE von einem »heiligen Krieg [...] zur Verteidigung gegen den Kommunismus«; im okkupierten China werden Plakate gehängt, die ein gemeinsames japanisch-chinesisches Erbe und gemeinsame Ziele beschwören: »Gleiche Schrift, gleiche Rasse. Den Kommunismus zerschlagen, den Frieden wiederherstellen« (76).

Mit dem Antikominternpakt von 1936 heben Deutschland und Japan die K auf die Ebene eines internationalen Bündnisvertrages. Italien schließt sich 1937 an. Die den Zweiten Weltkrieg auslösende Achse Berlin-Rom-Tokio hat im gemeinsamen Willen zur umfassenden, auf Ausrottung gerichteten K eine ihrer wesentlichen Säulen.

Die Aggressivität dieser K erreicht indes eine solche Dimension, richtet sich gegen so viele nicht-kommunistische Bereiche, entfaltet ein solches die ganze bürgerlich-demokratische Gesellschaft bedrohendes Potenzial, dass sie den »klassischen« Antikommunismus der anderen imperialistischen Länder nicht zum Bündnispartner gewinnen kann. In der Anti-Hitler-Koalition verbünden sich die USA, Frankreich und Großbritannien nach langem Zögern mit der SU und auch mit China, wo die antikommunistische Guomindang und die KPCh wieder in einer antijapanischen Einheitsfront zusammenwirken.

7. Eine besondere Form ist die K durch Kommunisten selbst. Sie nimmt in der SU unter STALIN in den 1930er Jahren (»großer Terror«) und in China unter MAO Zedong in den 1960er Jahren (»Kulturrevolution«) extreme Formen an. Diese K ist mit allgemeiner Verfolgung Andersdenkender verknüpft und führt zum Tode von Millionen. Sie ist aber keine auf diese Zeiträume beschränkte Erscheinung, sondern kennzeichnet den befehlsadministrativen Sozialismus insgesamt. Wie in der antikommunistischen K sind auch die Stadien der kommunistischen K von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen abhängig.

Sie wurzelt erstens in der erzwungenen Illegalität der vorrevolutionären kommunistischen Bewegung, die den Nährboden für den »Parteimanichäismus« bildet, wonach die Partei sich »von finsternen Feinden eingekreist« sieht (RYKLIN 2008, 22); zweitens in den scharfen vorrevolutionären Linienkämpfen zwischen Bolschewiki, Menschewiki und Sozialrevolutionären; drittens in der Schärfe des konterrevolutionären Terrors. Ihren organisierten Anfang nimmt sie mit dem »schicksalhaften X. Parteitag« (20) der KPR(B) im März 1921. In einer Situation, da die Revolution aufs Äußerste gefährdet ist und ihre Führer um LENIN davon ausgehen, dass im Falle ihres Scheiterns

eine konterrevolutionäre Militärdiktatur droht – für eine bürgerlich-demokratische Republik westlicher Prägung fehlten alle Voraussetzungen –, wird ein Beschluss »Über die Einheit der Partei« gefasst. Es ist der Versuch, sich unter Extrembedingungen zwischen zwei Mühlsteinen – der »Scylla der den Gegner begünstigenden Organisationslosigkeit« und der »Charybdis« des »politisch notwendigen Prinzips der Organisation«, dem unvermeidlich die »Tendenz zur Oligarchie« innewohnt (MICHELS 1909/1968, 245), zu behaupten. Damit erhält der Apparat »praktisch unbeschränkte Vollmachten im Kampf mit Abweichlern« (RYKLIN 2008, 21). Erster Markstein massiver K ist die zeitgleich, im April 1921, erfolgende Niederschlagung des Kronstädter Aufstandes, der zwar wegen der Teilnahme von Bauern und anderen Schichten als klassenübergreifender Aufstand begriffen werden kann, aber eben auch insofern kommunistisch geprägt war, als sein Hauptkontingent zehntausend Matrosen der russischen Kriegsmarine waren (5000 von ihnen ehemalige Parteimitglieder), die »wenige Jahre zuvor die Speerspitze der radikalen Revolution gebildet« hatten (HILDERMEIER 1989, 291). Als STALIN ab Mitte der 1920er Jahre alle innerparteilichen und gesellschaftlichen Korrekturmechanismen ausschaltete, ist der Weg frei für K massenhaften Ausmaßes. Die Konzeptionen vom »Sozialismus in einem Land«, von der Besetzung der »Kommandohöhen« und vom »im Sozialismus sich weiter verschärfenden Klassenkampf« bilden die Folie dafür, dass eine herrschende Gruppe von Kommunisten sich zur Bekämpfung anderer Gruppen – mithin zur K – berechtigt fühlt.

Vom Standpunkt langfristiger Systemerhaltung erscheint die kommunistische K oft als irrational und kontraproduktiv; sie hat jedoch vom Standpunkt derer, die sie ausüben, eine »mit der Herrschaftslogik korrespondierende Dimension und Funktion«: »Der Repressionsbedarf resultiert aus dem Formierungsbedarf der Macht« (HEDELER 1997, 15f), und dieser wiederum ergibt sich nach Michael SCHUMANN aus »der bewussten Entscheidung, auf dem Wege der Modernisierung die konstitutiven Voraussetzungen des Staatssozialismus sowjetischer Prägung nicht in Frage stellen zu lassen«, der gemäß »eine nachholende Industrialisierung nur durch ein System der Zwangsarbeit und des Terrors« möglich ist, »das die fehlenden respektive durch die zentralistische Planwirtschaft und den zentralistischen Parteistaat blockierten gesellschaftlichen Entwicklungspotenziale substituieren« soll (1997, 121).

Damit allein sind jedoch das Ausmaß und die terroristische Form der kommunistischen K nicht erklärt. Michail RYKLIN, der Beobachtungen aus den 1920er Jahren u.a. von FRANZ KAFKA, Walter BENJAMIN und Bertrand RUSSELL verarbeitet, erklärt die kommunistische

K mit der Entwicklung des Sowjetkommunismus zur »politischen Religion«: »Die Politik nimmt religiöse Züge an, während die Religion umgekehrt in politischer, nicht-theistischer [...] Form kultiviert wird.« (2008, 40) Die KP sei »wie ein Jesuitenorden«, schreibt Alfons GOLDSCHMIDT 1920, »sie lässt nicht ab von den Hauptgrundsätzen, aber sie gibt nach in Nebensätzen« (zit.n. Merz 1995, 84).

Eine »Verwandtschaft zwischen der Religion und dem revolutionären Sozialismus« hat SOREL schon thematisiert, als an kommunistische K noch nicht zu denken ist. Hier wie da setze man sich »die Anleitung, die Vorbereitung und selbst den Wiederaufbau des Individuums in Hinblick auf ein riesenhaftes Werk zum Ziele«, und ebenso wie die Religion hätten auch »die revolutionären Mythen« im »Bereich des tiefen Bewusstseins« ihren Platz (1906/1928, 38). Wo das Ziel auf das »Feld der Mythen« gestellt sei, sei es »gegen jede Widerlegung gedeckt« (37). Aber für Sorel steht noch das Positive dieses Zusammenhangs im Mittelpunkt: Die Sozialisten seien auf diese Weise »über die Entmutigung erhaben«; ein »Misserfolg« vermöge »nichts gegen den Sozialismus zu beweisen« (38). RYKLIN schreibt Ähnliches später auch den Opfern der kommunistischen K zu: Diese habe vielen von ihnen »dank ihres vorangegangenen Glaubens an die Revolution als nicht mehr denn ein dummer Fehler erscheinen« wollen (2008, 109). Der kommunistischen K fielen Träger »unorthodoxer Ideen« ebenso zum Opfer wie »gefährliche Zeugen der Parteigeschichte«, und »zuletzt wurden von der Polizei massenweise »ideologische Verbrechen« fabriziert, noch bevor jemand sich vornehmen konnte, sie zu begehen oder auch nur zu ersinnen« (24).

Juan J. LINZ beschreibt Terror und K in einem allgemein totalitarismuskritischen, Hannah ARENDT, Herbert JÄGER u.a. folgenden Ansatz in ähnlicher Weise als »nicht rein instrumentell«, sondern »ideologisch«. Der Terror sei charakterisiert durch das »Streben nach Einmütigkeit« und das »Ideal der Konfliktslosigkeit«; er konstruiere sich eine »historische Notwendigkeit, als »das Böse« definierte soziale Gruppen total zu vernichten«, gehe einher mit der »bewussten Ablehnung traditioneller moralischer Standards« und dem »Verzicht auf persönliche Verantwortung« (1975/2003, 68). Hier wie auch im »bisher beispiellosen Ausmaß«, im »Ignorieren selbst des Anscheins legaler Prozeduren«, in der »Nutzung von Organisationen des Staates und/oder der Partei« (65) treffen sich der faschistische und der kommunistische Terror und die in beide eingeschlossene K, obwohl die von Kommunisten und Faschisten angestrebten, geformten und stabilisierten Gesellschaftssysteme »sich diametral gegenüberstanden« (LENK/NEUMANN 1968, LXXXf).

8. Der Sieg der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg und der Chinesischen Revolution 1949 schaffen dem Kommunismus neue Sphären und Möglichkeiten des Einflusses. Der ›Weltkrieg gegen den Bolschewismus‹ findet im Kalten Krieg einer antikommunistischen Koalition kapitalistischer Länder eine neue Ausdrucksform. Die K spielt in ihm eine wesentliche Rolle. In den USA gehen die gegen die sozialistischen Staaten gerichteten außenpolitischen Doktrinen des *roll back* und *containment*, die 1950-53 in den als Teil der Systemauseinandersetzung begriffenen Koreakrieg münden, mit einer bis dahin dort nicht gekannten Welle der K im Innern (McCarthyismus) einher, und auch hier entfaltet diese K ihre Wirkung weit über die sich selbst als Kommunisten Bezeichnenden hinaus. Werner MITTENZWEI macht im Blick auf die Verfolgung des in den USA im Exil lebenden Bertolt BRECHT (1986, Bd. 2, 193-208) auf eine spezifische Form der von LACLAU gemeinten »populär-demokratischen Anrufung« aufmerksam: Um angesichts des hohen Ansehens, das die Sowjetunion als Kriegsverbündeter genoss, eine »Politik des Antikommunismus« in Gang zu setzen, habe es »nur der politischen Beeinflussung in dem Sinne« bedurft, »dass das amerikanische Wertesystem vom freien Unternehmertum durch »unamerikanische« Aktivitäten gefährdet sei« (193). Neben BRECHT, Hanns EISLER u.a. wird vor einen der ›Kongressausschüsse zur Untersuchung unamerikanischen Verhaltens« auch Albert EINSTEIN geladen, der darin eine »Art der Inquisition« sieht, die »den Geist der Verfassung verletzt«, indem sie unterm Vorwand der »äußeren Gefahr« »alle geistigen Anstrengungen in der Öffentlichkeit [...] unter Verdacht« stellt und darauf abzielt, »die Freiheit der Lehre zu unterdrücken und all diejenigen, die sich nicht zu unterwerfen bereit sind, von ihren Positionen zu entfernen, das heißt: sie auszuhungern« (1953/2005, 832). Die K hat einen Höhepunkt im Justizmord an Ethel und Julius ROSENBERG; sie erfasst US-Bürger wie auch Ausländer.

Auch der dreißigjährige Vietnamkrieg (1945-75), zunächst (bis 1954) von der französischen Kolonialmacht geführt, dann von den USA zuerst als »stille« Unterstützung Südvietnams, 1965-75 als offener Krieg fortgesetzt, hat, weil »Stellvertreterkrieg« im Kalten Krieg, K zur bedeutsamen Komponente. Der Gegner galt in Frankreich wie auch in den USA als ›Viet Cong‹ – vietnamesischer Kommunist.

Die K ist schließlich zentraler Bestandteil konterrevolutionärer, vom USA-Geheimdienst CIA unterstützter Putsch (Iran 1953, Chile 1973 u.a.), mit denen vorherige Verstaatlichungen internationaler Konzerne rückgängig gemacht werden. Dabei bildet es kein Hindernis, dass diese Verstaatlichungen wie im Falle Chiles Resultat demokratischer Wahlen sind. Es geht um die Ur-Frage: das Privateigentum.

In der BRD enthält die K Elemente, die an die nazistische K anknüpfen. Antikommunismus dient, so Werner HOFMANN, »der *sozialen Disziplinierung*« (1968, 165), Gesine SCHWAN sieht in ihm »eine gesellschaftlich umfassende und funktional besonders bedeutsame Integrations- und Identifikationsideologie Westdeutschlands« (1999, 17). Wolfgang WIPERMANN macht darauf aufmerksam, wie auch die Totalitarismuskonzeption, die er mit Konrad Löw als »Weltanschauung des Grundgesetzes« bezeichnet, durch ihre »primär antikommunistische Stoßrichtung« in diese Ideologie eingebunden wird (2009, 36). 1956 wird, so ABENDROTH, mit der KPD »eine politische Partei verboten [...], die im nationalsozialistischen Staat als Staatsfeind Nr. 1 und als Vorwand zur Bekämpfung aller anderen opponierenden Gruppen diente«, was zur Folge hat, dass »in einem Teil der staatlichen Apparatur [...] Menschen, die vorher dem Staatsapparat des Dritten Reiches gedient haben und häufig der NSDAP angehört«, in die »Denkformen des Dritten Reiches zurückgeworfen« und in die Lage gebracht werden, »fortzusetzen, was sie vor 1945 praktiziert haben«, das heißt: »erneut durch den staatlichen Kampf gegen den Stalinismus den Ansatzpunkt zur staatlichen Bekämpfung jeder sozialistischen Bewegung und jeder radikal-demokratischen Bestrebung, in letzter Konsequenz dann auch zur Beseitigung jeder Form der Meinungsfreiheit zu gewinnen« (1956, 306). Das KPD-Verbot wird von seiner Beantragung 1952 an von K in Form von Verhaftungen, Gerichtsverfahren, Berufsverboten begleitet. Es steht im Kontext mit dem weltpolitischen Selbstverständnis des Machtblocks der BRD: Wenn »Deutschland« nicht »jedem kommunistischen Druck« widerstehe – so Bundeskanzler Konrad ADENAUER 1954 – sei »kein Halten mehr: dann überschwemmt die kommunistische Flut ganz Europa«. Nur »ein Damm, der gemeinsam von den noch freien Völkern Europas im Verein mit den freien Völkern der Welt errichtet wird«, könne »das weitere Vorrücken der kommunistischen Massen hemmen« (755).

Als die SPD-FDP-Regierung unter Willy BRANDT 1969-72 mit ihrer »neuen Ostpolitik« der bisherigen Konfrontation einen Kurs des ›Wandels durch Annäherung‹ entgegengesetzt und sie diese Linie dazu nötigt, die Gründung und eventuellen Erfolge der DKP offiziell zu tolerieren, ist ihr strategisches Gegengewicht der ›Radikalenerlass‹ von 1972, der auch darauf reagiert, dass die 68er Bewegung den Blick für nichtkapitalistische Lösungen geöffnet hat. Die Berufsverbotsdrohung gilt, wie ABENDROTH zeigt, nicht nur für alle DKP-Mitglieder und »alle Marxisten, auch wenn sie in der SPD organisiert sein mögen«, sondern »notfalls auch für alle als ›radikal‹ oder ›extremistisch‹ eingestuft bürgerlichen Demokraten« (1975,



561). Die Mitwirkung der SPD an dieser Form der K ist für ihn »selbstmörderisch«, ihre Minister machten sich »zu Vorreitern des Denkens in den Kategorien eines grundgesetzwidrigen bloßen CDU-Staates« (1972, 15), verfestigten den 1848 geborenen »Mythos [...], wer ›radikal‹ (also von der Wurzel her) denke, sei ein Feind jeder gesellschaftlichen Ordnung, wer ›revolutionär‹ sei, also die bestehende Klassenherrschaft aufheben wolle, sei des Teufels« (16).

Wie der in der DDR als Dissident verfolgte Robert HAVEMANN konstatiert, befand sich die BRD in dieser Zeit auch wegen des »im Grunde antidemokratischen Antikommunismus« der SPD (1974, 175) in der »sehr unerfreulichen Gesellschaft« mit »faschistischen und faschistoiden Staaten« (Spanien, Portugal, Griechenland, Südafrikanische Republik, Libyen, Marokko, Jordanien, Iran, Dominikanische Republik, Guatemala, Brasilien), ferner mit den USA sowie von diesen unmittelbar »wirtschaftlich, politisch und militärisch abhängigen Staaten« (die Philippinen, Indonesien, Thailand, Südkorea, Südvietnam, Taiwan), in denen »der Antikommunismus [...] wesentlicher Bestandteil der herrschenden politischen Doktrin« (172) war. In diesen Staaten kommt es in dieser Zeit zu massenhafter K, in einigen mit hunderttausenden Todesopfern; bei dem Massaker unter Kommunisten, das General Suharto nach seiner Machtübernahme (1965) in Indonesien durchführen ließ, kamen nach Schätzung von Amnesty International fast eine Million Menschen ums Leben.

9. Auch die kommunistische K setzt sich im Kalten Krieg fort. Die Führung der aus dem Zusammenschluss von KPD und SPD in der SBZ hervorgegangenen SED ist mitverantwortlich für »Amtsenthebungen, Verfolgungen und Verhaftungen früherer SPD-Mitglieder durch sowjetische Organe« und die auf sowjetischen Befehl dazu ermächtigten Kommissariate der Volkspolizei, desgleichen für die Verfolgung von Mitgliedern ehemals oppositioneller kommunistischer Parteien und Vereinigungen (KPD-Opposition, KAP, SAP, Leninbund, AAU), die wegen ihrer früheren »kritischen Haltung zur KPD« auch jetzt »als potenzielle Störfaktoren für die Umformung der SED in eine stalinistische Kaderorganisation gesehen« werden (KLEIN 1997, 200). In fast allen Ländern Osteuropas kommt es analog zu den Moskauer Prozessen (1936 bis 1938) zu Schauprozessen und Todesurteilen gegen Kommunisten. Umgebracht werden in deren Ergebnis u.a. 1949 der als »imperialistischer Agent« und »Titoist« angeklagte ungarische Außenminister László RAJK und wegen »nationalistischer Abweichung« der bulgarische stellv. Ministerpräsident Traitscho KOSTROW sowie 1952 wegen »titoistischer und zionistischer Umtriebe«

der Generalsekretär der tschechischen KP Rudolf SLÁNSKÝ. Schauprozesse in dieser Härte auch in der DDR zu führen wagt STALIN wegen der vielfältigen Wechselbeziehungen DDR-BRD und im Kontext seines 1952 gestarteten Vorstoßes in Richtung einer Neutralität Deutschlands nicht. K in Gestalt von »Säuberungen« bleibt dennoch auf der Tagesordnung.

Nach STALINS Tod 1953 wird in der DDR »dem stalinistischen System [...] die terroristische Spitze zwar weitgehend genommen, aber der staatssozialistische Vergesellschaftungstyp, die trotz aller Reformbemühungen immer beibehaltene Unterordnung der Wirtschaft unter ein diktatorisches politisches Machtzentrum mit all den Folgen der Einschnürung politischer und geistiger Freiheit und damit sozialer Kreativität« wird »nicht überwunden« (SCHUMANN 1997, 121), und K setzt immer wieder dort ein, wo »Versuche der Rehabilitierung einer im ›ML‹ unsäglich entstellten marxistischen Theorie zur kritischen Anwendung dieser Theorie auf die wirkliche DDR-Gesellschaft« führen (KLEIN 1997, 208). – Die Niederschlagung des Aufstands in Ungarn 1956 und des »Prager Frühlings« 1968 durch die sowjetische Führung koppelt internationale mit nationaler K durch Kommunisten. Nach 1968 nimmt in Osteuropa K in Form von Berufsverboten zu: »administrative Verfügung restriktiver Zuweisungen von Beschäftigung nach Kriterien politischer Zweckmäßigkeit« (210).

Die K durch Kommunisten erweist sich am Ende für den befehlsadministrativen Sozialismus als selbstzerstörerisch, und mehr noch: Das fundamentale Demokratiedefizit, dessen Ausdruck sie ist, hat dazu geführt, dass nach dem Zusammenbruch des »sozialistischen Lagers« zumal in Osteuropa zivilgesellschaftliche Strukturen nur schwach ausgeprägt sind. Der nunmehrige »östliche Kapitalismus«, meint Gáspár MIKLÓS TAMÁS, stelle sich durch die stalinistische Vergangenheit als besonders »rein«, »gesäubert« und »geläutert« dar, die »Abwicklung der Überbleibsel eines egalitären Wohlfahrtsstaats« habe »erfolgreich bewerkstelligt« werden können, »weil keine anti-kapitalistischen Kräfte übrig waren« (2007, 20). Als Michail GORBATSCHOW 1985 die Perestrojka in Gang setzt, hat sich die KPdSU u.a. durch die jahrzehntelange K bereits so sehr selbst gelähmt, dass sie zu einer vorwärtsweisenden Reform des Systems nicht mehr fähig ist. Der »Kollaps der SED« ist »gleichzeitig Ausdruck von Blockade und Selbstblockade widerständigen innerparteilichen Denkens« (KLEIN 1997, 215).

10. Am Beginn des 21. Jh. ist die kommunistische Bewegung durch den Zusammenbruch des befehlsadministrativen Sozialismus in Europa und das danach zu Tage tretende Erbe des Stalinismus umfassend

geschwächt und diskreditiert. Mit hineingerissen in den Strudel ist auch »der Reformkommunismus der staatssozialistischen Ära«, der »in seinem Widerstand gegen die staatssozialistische Macht deren Voraussetzung: ihre Absolutheit« teilte (SCHUMANN 1997, 122).

Für das vereinte Deutschland ist charakteristisch, dass schon die geringste Infragestellung der als alternativlos beschriebenen Entwicklung des Kapitalismus – den »Krieg gegen den Terror« eingeschlossen – mit breiter gesellschaftlicher Wirkung als »kommunistisch« gebrandmarkt wird, um Kommunisten, wo sie sich selbst als solche bezeichnen, sowie andere Träger links-oppositioneller Ideen zu isolieren oder unter Druck zu setzen. Die »Ausbürgerung des Marxismus aus der Republik der Wissenschaften«, wie sie Wolfgang Fritz HAUG 1987 als Linie des herrschenden Diskurses in der BRD beschreibt (235), gehört dabei ebenso weiterhin zum Instrumentarium des Antikommunismus wie dessen Einsatz als »entscheidende Ideologie in der [...] Verdrängung der NS-Zeit« (KORTE 2009, 8). Fester Bestandteil dieses Antikommunismus ist die nachträgliche pauschale Delegitimierung der DDR und die damit verbundene Praxis, die Partei *Die Linke* völlig unabhängig von ihrer tatsächlichen Entwicklung »in die Nähe von Stasi, DDR und der Mauer [zu] stellen« (114). Dem entspricht die von SCHUMANN 1993 konstatierte »Engführung des Bewusstseins von der DDR-Geschichte auf das Stasi-Thema, auf den Exzess, auf alles, was heute mit dem Begriff des »Unrechtsstaates« thematisiert wird« (2004, 87). Durch die Verkettung Linke-DDR-Stasi-Mauer wird das »Wiederaufleben eines totalitären Feinddenkens« befördert, mit dem »jede gesellschaftskritische und emanzipatorische Haltung tabuisiert« und damit »die Linke aus der Nation aus[ge]grenzt« werden soll (1997/2004, 129). SCHWAN kommt zu einem ähnlichen Befund, wenn sie die »durch Angst manipulierte Integration gegensätzlicher Interessen durch ein gemeinsames Feindbild« sowie die »Diskreditierung und Stigmatisierung politischer Gegner, zumal solcher, die sozialistische Positionen vertreten« (1999, 23), zu den Funktionen des Antikommunismus zählt.

Die Schwelle zur expliziten K wird im vereinten Deutschland nur selten, aber wirkungsmächtig überschritten. Schon die Androhung von K erweist sich als wichtiges Instrument bürgerlicher Machtausübung. Wie seit jeher ist sie unabhängig vom Selbstverständnis der von ihr Betroffenen als »kommunistisch«. Im vereinten Deutschland ist die pauschale Stigmatisierung von Mitarbeitern der DDR-Staatssicherheit, die mit Berufsverbot und Rentenstrafrecht verbunden ist, insofern eine Form der K, als sie ja eben *nicht* auf konkret nachweisbare Rechtsverletzungen einzelner abhebt, sondern auf die Delegitimierung der DDR

und weiter auf die Delegitimierung links-oppositionellen Denkens und Handelns überhaupt. Sie geht Hand in Hand mit der Erschwerung bzw. Verhinderung beruflicher Karrieren für Tausende ehemalige Mitarbeiter von anderen staatlichen Einrichtungen der DDR.

Dass die neoliberale Entwicklung der EU nur von einer schwachen linken Opposition begleitet und in ihrer Richtung kaum wirksam in Frage gestellt wird, hat noch immer mit dem »europäischen Antikommunismus« zu tun, in dem HAVEMANN das »wohl am meisten zu beklagende Ergebnis der widerspruchsvollen und im Ganzen bisher tragischen Entwicklung der Arbeiterbewegung in Europa« gesehen hat (1974, 174).

BIBLIOGRAPHIE: W.ABENDROTH, »Das KPD-Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts. Ein Beitrag zum Problem der richterlichen Interpretation von Rechtsgrundsätzen der Verfassung im demokratischen Staat«, in: *Z f. Politik*, 3. Jg. (Neue Folge), 1956, H. 4, 305-27; ders., »SPD auf Kommunistenjagd«, in: *Neues Forum* 220, 20. Jg., 1972, 15-18; ders., »Zur Rolle des Antikommunismus heute«, in: *Marxistische Blätter*, 11. Jg., 1973, H. 5, 24-32; ders., »Das Problem des Berufsverbots für Marxisten, Sozialisten und radikale Demokraten in der Bundesrepublik Deutschland und die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts«, in: *Junge Kirche*, 36. Jg., 1975, H. 11, 560-69; K.ADENAUER, »Europa muss einen Damm gegen den Kommunismus schaffen. Die historische Aufgabe Deutschlands in dieser gefährlichen Periode der Menschheit. Artikel in »Life« v. 10.5.1954«, *Bulletin/Presse- und Informationsamt der Bundesregierung*, 1954, Nr. 85, 755f; L.BESYMENSKI, *Stalin und Hitler. Das Pokerspiel der Diktatoren*, Berlin 2002; J.C.BLUNTSCHLI, *Die Kommunisten in der Schweiz nach den bei Weiting vorgefundenen Papieren. Wörtlicher Abdruck des Kommissionsberichtes an die Hohe Regierung des Standes Zürich*, Zürich 1843; W.BOHN, »Kommunistenverfolgung des deutschen Faschismus, Reichstagsbrand-Prozess und Ermordung Thälmanns«, in: Hundt u.a. 1972, 86-116; *Deutsche Geschichte 1933-1945. Dokumente zur Innen- und Außenpolitik*, hg. v. W.Michalka, Frankfurt/M 1993; M.DJILAS, *Die neue Klasse. Eine Analyse des kommunistischen Systems* (1957), Wien-München 1976; A.EINSTEIN, »Ein Brief wider die Inquisition« (12.6.1953), in: *UTOPIE kreativ* 179, 16. Jg., 2005, 831-33; H.GOLLWITZER, »Sowjetkritik und Antikommunismus«, in: *Argument* 113, 21. Jg., 1979, H. 1, 82-93; W.F.HAUG, *Vom hilflosen Antifaschismus zur Gnade der späten Geburt*, Hamburg-Berlin/W 1987; R.HAVEMANN, »Antikommunismus«, in: *Deutschland-Archiv*, 7. Jg., 1974, H. 2, 172-6; W.HEDELER, »Die Szenarien der Moskauer Schauprozesse 1936 bis 1938«, in: *Realsoz. Kommunistenverfolgung*, 1997, 14-31; J.HERRER, »Der Kölner Kommunistenprozess von 1852«, in: *Geschichte in Köln. Z f. Stadt- und Regionalgeschichte*, 26. Jg., 2003, Nr. 50, 133-55; M.HILDERMEIER, *Die russische Revolution: 1905-1921*, Frankfurt/M 1989; K.HIRSCH, *Die Blutlinie. Ein Beitrag zur Geschichte des Antikommunismus in Deutschland*, Frankfurt/M 1960; W.HOFMANN, *Stalinismus und Antikommunismus. Zur Soziologie des Ost-West-Konflikts*, Frankfurt/M 1968; M.HUNDT u.a., *Antikommunismus: vom Kölner Kommunistenprozess 1852 zu den Berufsverboten heute*, Frankfurt/M 1972; ders., »Zum Kölner Kommu-

nistenprozess von 1852«, in: ebd., 5-20; S.IENAGA, *Japan's Last War*, Oxford 1978; K.KAUTSKY, *Vorläufer des neueren Sozialismus. Erster Band: Kommunistische Bewegungen im Mittelalter*, Stuttgart 1909; Th.KLEIN, »Zu Opposition und Widerstand in der SED«, in: *Die SED. Geschichte, Organisation, Politik. Ein Handbuch*, hgg. v. A.Herbst, G.-R.Stephan u. J.Winkler, Berlin 1997, 197-215; J.KORTE, *Instrument Antikommunismus. Der Sonderfall Bundesrepublik*, Berlin 2009; F.KRAUSE, »Sozialisten vor Schwurgericht und unter Ausnahmerecht (1872-1890)«, in: Hundt u.a. 1972, 21-41; R.KÜHNEL, »Probleme der Interpretation des deutschen Faschismus«, in: *Argument* 58, 12. Jg., 1970, H. 4-6, 258-79; R.KUMPF, »Die junge KPD in der revolutionären Nachkriegskrise«, in: Hundt u.a. 1972, 61-85; E.LACLAU, *Politik und Ideologie im Marxismus. Kapitalismus – Faschismus – Populismus*, a.d. Engl. v. E.Volker u. G.Schmahl, Berlin/W 1981; A.LASCHITZA, »Trotz alledem!«, in: Hundt u.a. 1972, 42-60; K.LENK u. F.NEUMANN (Hg.), *Theorie und Soziologie der politischen Parteien*, Neuwied-Berlin/W 1968; J.J.LINZ, *Totalitäre und autoritäre Regime* (1975), hgg. v. R.Krämer, Potsdamer Textbücher Bd. 4, Berlin 2003; K.-U.MERZ, *Das Schreckbild. Deutschland und der Bolschewismus 1917 bis 1921*, Frankfurt/M 1995; R.MICHELS, »Formale Demokratie und oligarchische Wirklichkeit« (1909), in: Lenk/Neumann, 242-61; W.MITTENZWEI, *Das Leben des Bertolt Brecht oder Der Umgang mit den Welträtseln*, Berlin/DDR 1986, 2 Bde.; C.v.OSSIETZKY, »Die Blutlinie«, in: *Die Weltbühne*, XXVI. Jg., H. 43 v. 21.10.1930, 603f; PROJEKT IDEOLOGIE-THEORIE (PIT), *Faschismus und Ideologie*, 2 Bde., Berlin/W 1980, neu hgg. von K.Weber in einem Band, Hamburg 2007; *Realsozialistische Kommunistenverfolgung. Von der Lubjanka bis Hohenschönhausen*, Konferenzband, Sonderdruck der *UTOPIE kreativ* 81/82, 8. Jg., 1997; R.RIEMECK, »Antikommunismus und Angsthysterie als faschistisches Propagandamittel«, in: *Marxistische Blätter*, 13. Jg., 1975, H. 3, 21-27; H.Th.RISSE, »Der katholische Antikommunismus«, in: *Werkhefte katholischer Laien*, 12. Jg., 1958, H. 8-9, 199-208; M.RYKLIN, *Kommunismus als Religion. Die Intellektuellen und die Oktoberrevolution*, a.d. Russ. v. D. u. E.Uffelmann, Frankfurt/M-Leipzig 2008; M.SCHUMANN, »Souverän mit unserer politischen Biographie umgehen« (1993), in: W.Adolphi (Hg.), *Michael Schumann – Hoffnung PDS. Reden, Aufsätze, Entwürfe 1989-2000*, Berlin 2004, 74-89; ders., »Politik ohne Ideologie?« (1997), in: ebd., 121-29; ders., »Zur Auseinandersetzung der PDS mit dem stalinistischen Erbe«, in: *Realsoz. Kommunistenverfolgung*, 1997, 120-24; G.SCHWAN, *Antikommunismus und Antiamerikanismus in Deutschland. Kontinuität und Wandel nach 1945*, Baden-Baden 1999; *Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror*, St.Courtois u.a., München-Zürich 1998; G.SOREL, *Über die Gewalt*, a.d.Franz. v. L.Oppenheimer, Innsbruck 1928; G.M.TAMÁS: »Ein ganz normaler Kapitalismus« (dt.v. G.Wallner), in: *Grundrisse. Z f. linke Theorie & Praxis*, Nr. 22 (Sommer 2007), 9-23; W.WEITLING, *Garantien der Harmonie und Freiheit* (1842), zit.n. *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Bd. I, Berlin/DDR 1966; W.WIPPERMANN, *Dämonisierung durch Vergleich: DDR und Drittes Reich*, Berlin 2009; C.ZETKIN, »Ein Flammenzeichen« (Oktober 1907), in: *Ausgew. Reden u. Schr.*, Bd. I, Berlin/DDR 1957, 376-81.

⇨ Aktionseinheit, Antifaschismus, Arbeiterbewegung, Ausbeutung, befehlsadministratives System, Berufsverbot, Bolschewisierung, chinesische Kulturrevolution, chinesische Revolution, Diktatur des Proletariats, Dissident(inn)en, Dogmatismus, Einheitsfront, Endlösung, Faschisierung, Faschismus, Faschismustheorie, Frankismus, Gerechtigkeit, Gewalt, GULag, Herrschaft, Ideologiekritik, Illegalität, Imperialismus, Inquisition, Jakobinismus, Judenfeindschaft, Kaderpartei, Kalter Krieg, Kapitalismus, Ketzer, Klassenkampf, Komintern, Kommunismus, Kommunistisches Manifest, Konterrevolution, Korsch-Linie, Kronstädter Aufstand, Macht, McCarthyismus, Moskauer Prozesse, Nomenklatura, Oktoberrevolution, Pariser Kommune, Prager Frühling, Putsch, Sozialfaschismus, Sozialismus in einem Land, Staatsterrorismus, Stalinismus, Terrorismus, Titoismus, Unterdrückung, Urchristentum, Urkommunismus, Weltkrieg, Weltrevolution, Zeitgeist